

Krise und Proteste in Brasilien

Bernhard Leubolt, Victor Strazzeri

Die Bilder der brasilianischen Massendemonstrationen im Rahmen des FIFA-Confederations Cup im Juni 2013 gingen um die Welt. Die größten Proteste seit über zwanzig Jahren überraschten auch viele BrasilianerInnen. Die Juni-Proteste von 2013 markierten den Beginn gesellschaftlicher Mobilisierung und zunehmender Kritik an der Regierung. Dieser Beitrag beschreibt die aktuelle Protestdynamik eingebettet in die aktuelle Dynamik einer multiplen Krise.

Das Erbe der Sklaverei und konservative Modernisierung

Brasilien war lange Zeit als „Weltmeister sozialer Ungleichheit“ bekannt: Die für die Kolonialisierung prägende Sklaverei wurde erst 1888 abgeschafft. Die gesellschaftlichen Strukturen von „Herrenhaus und Sklavenhütte“ (Freyre 1990) wurden in die durch „konservative Modernisierung“ geprägte peripher-kapitalistische Gesellschaft übertragen (näher dazu: Novy 2001; Leubolt 2015). Die Demokratie war selbst in ihrer „Blütezeit“ zwischen 1945 und 1964 sehr eingeschränkt. Dennoch war diese Zeit von Kämpfen der Subalternen sowohl auf dem Land als auch in den Städten. 1964 beendete ein Militärputsch den politischen Höhepunkt dieser Bewegungen: Präsident Goulart hatte es gewagt, „Basisreformen“ anzukündigen und damit die aus der Kolonialzeit stammenden Privilegien der Großgrundbesitzer anzutasten sowie den Einfluss der imperialistischen Kräfte innerhalb des Landes zu schwächen.

Die etwa 20 Jahre dauernde Militärdiktatur wurde 1964 durch Proteste der Mittelschichten eingeläutet. 300.000 bis 500.000 Menschen protestierten in São Paulo im Rahmen des „Marsches der Familie für Gott und die Freiheit“ gegen die als „kommunistisch“ bezeichnete Regierung. Schon damals unterstützten die wichtigsten Massenmedien wie z.B. die Zeitschrift „Veja“ (auflagenstärkstes Printprodukt des Landes) die Putsch-Bewegung, die „dank“ der Hilfe der Militärs und der Unterstützung der USA für zwanzig Jahre das Land regieren sollte. In dieser autoritären Zeit wurden die Mittelschichten staatlich gefördert, während Bestrebungen zu Umverteilung brutal unterdrückt wurden. Die Wirtschaft wuchs gleichzeitig mit sozialer Ungleichheit – der Pfad der konservativen Modernisierung wurde verschärft. Während der Diktatur entstand aber auch eine linke Protestbewegung, die Ende der 1970er Jahre an Stärke gewann, als wirtschaftliche Krisenerscheinungen der Diktatur eine wichtige Legitimationsbasis nahmen. Die Protestbewegung der 1970er und 1980er wurde stark von den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen getragen. In diesem Klima wurden Forderungen nach mehr Demokratie mit Forderungen nach sozialen Verbesserungen verbunden. Bis heute ist das gesellschaftliche und intellektuelle Geschehen in Brasilien stark von dieser progressiven Bewegung geprägt. So entstanden die wichtigsten Parteien aus der Oppositionsbewegung, ebenso wie der größte Gewerkschaftsbund des Landes (CUT).

Demokratisierung und links-gerichtete soziale Bewegungen

Die partizipativ erstellte Verfassung von 1988 spiegelte diese Bewegung wider und führte bedeutsame sozialpolitische Errungenschaften ein, die jedoch von den Ergebnissen der folgenden Präsidentschaftswahlen konterkariert wurden. Nicht der zentrale Repräsentant der sozialen Demokratiebewegung, Luis Inácio da Silva – „Lula“, sondern der konservative Populist Collor gewann mit tatkräftiger Unterstützung der wichtigsten Medien eine sehr knappe Stichwahl. 1992 kam es dann aber wegen Korruptionsskandalen der Familie Collor nochmals zu Massenprotesten, die dazu führten, dass der Präsident abgesetzt wurde.

Die 1990er Jahre waren ökonomisch vom Vormarsch des Neoliberalismus geprägt (Novy 2001). Präsident Cardoso (1994–2002) wurde medial als „Vater“ des ersten gelungenen Inflationsbekämpfungsprogrammes „verkauft“, das von überbewerteter Währung, Hochzins- und Austeritätspolitik ermöglicht wurde. Da die Armen besonders von der Inflation betroffen waren, kamen die entscheidenden Stimmen für Cardoso dennoch von ihnen, während Lula und die PT Mehrheiten hauptsächlich im Bildungsbürgertum und großen Städten hatten. Neben ideologischen Fragen sprach für die PT, dass sie als Partei registriert wurde, die frei von Korruptionsskandalen war. Die Partei Cardosos (PSDB) hingegen wurde im Zuge der neoliberalen Wirtschaftsreformen zunehmend zu einer Mitte-Rechts-Partei, die auch an verschiedenen Skandalen beteiligt war. Aufgrund steigender Arbeitslosigkeit und stagnierenden bis sinkenden Löhnen verlor die PSDB Ende der 1990er Jahre auch in der Mittelschicht an Legitimation (Singer 2012).

Die Arbeiterpartei in der Regierung

2002 konnte Lula erstmals die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Er versprach das Ende des Hungers und die Verbesserung der sozialen Lage der ArbeiterInnen, bei Fortsetzung von Inflationsbekämpfung und Hochzinspolitik. Das führte zu einem widersprüchlichen politischen Programm der Beibehaltung zentraler neoliberaler Prinzipien bei gleichzeitiger Stärkung der Sozialpolitik und einer deutlichen Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, der seit dem Amtsantritt um etwa 80% real erhöht wurde. Die extremen sozialen Ungleichheiten wurden ebenso wie die Armutsraten deutlich gesenkt. Dennoch verzeichneten die Unternehmen während der beiden Regierungen Lulas (2003–2006, 2007–2010) steigende Profite. Die hohen Rohstoffpreise ermöglichten relativ hohes Wirtschaftswachstum, das ungleichmäßig an die gesellschaftlichen Gruppen verteilt wurde: Die Armen und die Reichsten bekamen verhältnismäßig mehr, während für die Mittelschichten weniger übrig blieb (Leubolt 2015). Der Ausbau der Sozialpolitik führte zum Entstehen sogenannter „neuer Mittelschichten“ – SozialaufsteigerInnen, die nun stärker am Massenkonsum teilnehmen konnten (z.B. Unterhaltungselektronik, Shopping Centers, Billigflüge) aber auch an der zunehmende Übergang zur Privatschulen und -Krankenversicherung, da die öffentlichen Pendanten, immer noch als prekär betrachtet wurden. Stipendienprogramme und Quotenregelungen ermöglichten Jugendlichen die Absolvierung von Studien und schürten Hoffnungen auf sozialen Aufstieg. Der soziale Aufstieg der Armen führte dazu, dass die PT eine neue WählerInnen-Basis bekam (Hunter 2010).

Gleichzeitig wandten sich die Mittelschichten verstärkt von der PT ab. Korruptionsskandale waren stark dafür verantwortlich: 2005, im Jahr vor der Wiederwahl Lulas, deckten die Medien auf, dass die PT mit Geldern aus Staatsbetrieben im Parlament Stimmen von

Oppositionspolitikern für ihre Gesetzesvorhaben kaufte. Trotz des Skandals wurde Lula 2006 wegen der neuen Unterstützung durch die Armen wiedergewählt. Seit der Wiederwahl wurde dann versucht, die Wirtschaftspolitik stärker keynesianisch zu steuern und gleichzeitig eine Koalition mit der politisch relativ starken Zentrumsparterie PMDB einzugehen. Die spätere designierte Nachfolgerin Dilma Rousseff wurde als „Mutter“ des „Programmes für wirtschaftliches Wachstum“ als Kandidatin aufgebaut. Das Programm eines „Brasilien für alle“ versprach allgemeine Verbesserungen und schien anfänglich erfolgreich zu sein. Selbst die internationale Wirtschaftskrise 2008 konnte mittels anti-zyklischer Wirtschaftspolitik erfolgreich gemeistert werden: Verstärkte Staatstätigkeit führte nach relativ milder Rezession 2009 zu einem Wirtschaftswachstum von 7,6% im Wahljahr 2010.

Dilma Rousseff gewann die Wahlen 2010. Die Ökonomin versprach politische Kontinuität und versuchte, die keynesianischen Reformen zu vertiefen. Mittels der Reduktion der hohen Zinssätze und des Wechselkurses sollte die nationale Industrie gegenüber dem internationalen Kapitalmarkt gestärkt werden. Gleichzeitig veränderte sich aber die internationale Konjunktur: Sinkende Rohstoffpreise trafen nicht nur die brasilianischen Exporterlöse, sondern auch die wirtschaftliche Basis anderer wichtiger linker Regierungen in Südamerika. Auch die brasilianischen Reformen einer Industrialisierung, gestützt auf Umverteilung, begannen zu stocken: Seit 2011 gingen das Wirtschaftswachstum laufend zurück, bis auf 0,2% im Wahljahr 2014 und einer wirtschaftlichen Rezession 2015. Der Kurs, alle gesellschaftlichen Gruppen am Wachstum teilhaben zu lassen, kann unter diesen Bedingungen nicht fortgesetzt werden. Gesellschaftlicher Widerstand wächst.

Multiple Krise, neue soziale Bewegungen und Proteste

Das aktuelle Szenario kann als multiple Krise beschrieben werden. Das Modell zielte auf nachholende Industrialisierung durch Ausweitung der Konsumbasis und Förderung der nationalen Industrie ab (Leubolt 2015). Aktuell scheint dieses Modell an seine Grenzen geraten: Die Nutzung natürlicher Ressourcen stieg mit der Ausweitung der Konsumbasis. In den Städten wirkt sich das u.a. auf Verkehr und die Verfügbarkeit von Wasser und Elektrizität negativ aus, am Land auf Großprojekte wie Staudämme u.ä. Die ökologischen Krisentendenzen zeigten sich jüngst am Beispiel des schweren Unfalls des Bergbauunternehmens Samarco, bei dem nach einem Dammbbruch stark kontaminiertes Wasser und Schlamm in wichtige Flüsse gelangten. In der brasilianischen Gesellschaft stieg zwar die Aufmerksamkeit für die Umweltprobleme. Die wichtigsten aktuellen Themen betreffen aber andere Bereiche: Ökonomie, Politik und Kultur.

Auch jenseits dieser politisch-kulturellen Problematik manifestierten sich Probleme – vor allem in den Städten. Maricato (2013) kritisiert die staatliche Subventionierung einer Trias aus Immobilienfirmen, Bauunternehmen und Automobilbranche im Zuge der antizyklischen Wirtschaftspolitik. Dadurch vergrößerte sich der Druck auf die prekäre Infrastruktur der Städte und einige der Errungenschaften der letzten Jahre litten unter den Preissteigerungen von Wohnraum, der nun noch dysfunktionaleren Überbelastung der Verkehrsinfrastruktur und der weiterhin mangelhaften Ausstattung mit öffentlicher sozialer Infrastruktur (v.a. Schulen und Krankenhäuser).

Aus diesen Gründen ist es wenig verwunderlich, dass die neue Welle der Massenproteste vordergründig von den urbanen Mittelschichten getragen. Sie sind aber nicht die einzigen ProtagonistInnen – vielmehr handelte es sich v.a. beim Beginn der Proteste 2013 um eine

inhomogene Gruppe, in der Singer (2014) das Aufkommen eines neuen Prekariats registriert: Personen mit überdurchschnittlich hohem Ausbildungsniveau und unterdurchschnittlichem Einkommen. Der Beginn der Proteste 2013 ging von der Bewegung für Freifahrt (*Movimento Passe Livre* – MPL) aus. Die progressive Gruppe (vordergründig, aber nicht ausschließlich, Studierende) protestierte gegen Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Verkehrs in São Paulo und wurde von der Polizei brutal behandelt. Nach der anfänglichen – in Brasilien üblichen – Kriminalisierung der Proteste, berichteten die Medien zunehmend positiv über die Protestierenden und verbanden die Demonstrationen mit Kritik an der Bundesregierung. Das veränderte die politische Dynamik der Proteste, die dadurch stärker besucht wurden. Forderungen von Mitte-Links betrafen besonders die soziale Infrastruktur, während sich Konservative stärker gegen Korruption in Regierung und FIFA wandten. Auch extreme Gruppen wie „SOS-Militar“, die sich für einen erneuten Militärputsch gegen die „kommunistische PT“ einsetzt, begannen, offen ihre Forderungen zu präsentieren.

Zuspitzung der Krisen 2015

Während die Proteste im Umfeld der Fußball-Großveranstaltungen politisch ambivalent waren, veränderte sich das danach deutlich. Die Präsidentschaftswahlen 2014 waren schon sehr stark im Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen links und rechts zugespitzt. Die Mitte-Links-PT-Kandidatin Dilma Rousseff konnte sich zwar knapp durchsetzen, das Parlament ist nun aber deutlich nach rechts gerückt. Auch innerhalb der Parteien setzten sich VertreterInnen konservativer Freikirchen sowie des Agro-Business stärker durch als bisher. Die PT koalitiert seit 2006 mit der Zentrumsparterie PMDB, die jedoch auch nach den Wahlen 2014 nach rechts gerückt ist. Einzelne PMDB-ParlamentarierInnen – allen voran der Anfang 2015 gewählte Parlamentspräsident Eduardo Cunha – sind sogar deklarierte RegierungsgegnerInnen. Cunha leitete Ende 2015 ein Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff ein, der vorgeworfen wird, gegen die Richtlinien „fiskalischer Disziplin“ verstoßen zu haben. Damit versuchte er, die politische Krise weiter zuzuspitzen. Das könnte sich aber auch als Boomerang erweisen, da die Vorwürfe evtl. nicht schwerwiegend genug sein könnten.

Auch wirtschaftlich ging es in den letzten Jahren tendenziell bergab. Für 2015 wird Rezession beobachtet bzw. diagnostiziert. Die Reaktion der Regierung war eine Rückkehr zur Sparpolitik. Der 2015 bestellte Finanzminister Joaquim Levy war ein zentraler Vertreter der Austeritätspolitik. Seine Ersetzung durch den eher keynesianisch orientierten Nelson Barbosa deutet darauf hin, dass die Regierung evtl. zu weniger Zugeständnissen in Richtung der rechten Opposition bereit ist. Diese wurde im Laufe des Jahres 2015 stärker. Noch 2014 wurde ein weiterer großer Korruptionsskandal im größten Staatsbetrieb des Landes – der Erdölfirma Petrobras – aufgedeckt. PolitikerInnen aller Couleur sind in die Skandale verwickelt, insbesondere RegierungspartnerInnen der PT, aber eben auch die PT selbst. Die früheren Hoffnungen mancher Teile des Bildungsbürgertums im Hinblick auf „saubere Politik“ wurden so zerstört und machen die PT zum Sündenbock aller Probleme. Die durch den Korruptionsskandal verstärkte politische Krise wirkt sich auch ökonomisch negativ aus. Auch Stimmen, die erneut Privatisierungen fordern, werden stärker.

2015 formierte sich der Widerstand in erneuten größeren Protesten, die nun kaum noch politisch ambivalent, sondern vielmehr polarisiert sind. Unter dem Banner der Kritik von Korruption und „Kommunismus“ der Regierung versammelten sich Mittel- und Ober-

schichten. Untersuchungen zeigten, dass die Armen diesen Demonstrationen weitgehend fern blieben, während die weniger zahlreich besuchten Demonstrationen zur Verteidigung von Regierung und Demokratie von allen sozialen und ethnischen Gruppen genutzt wurden (FPA 2015). Letztere protestieren damit gegen die konservative Kritik an Sozialpolitik und Quotenregelungen, die mit der Kritik an internationaler Kooperation mit sozialistisch regierten Ländern wie Kuba oder Venezuela verbunden wird.

Trotz weiterhin vorhandener Mobilisierungskapazität litten die progressiven Kundgebungen gegen den „Putschismus“ der Rechten und für die Vertiefung sozialer Reformen an der Frustration im Hinblick auf die aktuell verfolgte Realpolitik. Ende 2015 bekamen diese Bestrebungen aber neue Dynamik, weil ein Streik an den Schulen im Bundesstaat São Paulo zur Folge hatte, dass Reformen mit dem Ziel der Schließung von Schulen eingestellt werden mussten. Damit musste der konservative Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin, erstmals eine empfindliche Niederlage einstecken. Die aktive Beteiligung von SchülerInnen und sozialen Bewegungen aus den Armenvierteln São Paulos weist darauf hin, dass sich nun auch diese Schichten stärker in soziale Auseinandersetzung einbringen.

Fazit und Ausblick

Im Gegensatz zur Regierungszeit von Lula (bis 2010) ist Brasilien also von einer stärker werdenden Konfliktdynamik geprägt. Einerseits spitzen sich ökonomische Widersprüche zu und die internationale Finanzkrise wirkt sich auf das Land aus. Das wird durch die instabile politische Situation gestärkt. Auch die Konzentration der Reformpolitik auf die Stärkung geringer Einkommen und damit die Förderung des Massenkonsums zeigt Auswirkungen: einerseits die Missgunst der traditionellen Mittel- und Oberschichten, sich nicht mit den SozialaufsteigerInnen mischen zu wollen, andererseits auch die relative Vernachlässigung von sozialer Infrastruktur, vor allem im urbanen Raum. Daraus entstand eine ambivalente Protestdynamik, die während und nach den Präsidentschaftswahlen zunehmend politisch polarisiert wurde. Die politische Polarisierung wirkt sich negativ auf das sozial-reformistische Projekt eines „Brasilien für alle“ aus, das immer weniger realisierbar scheint. Der „schwache Reformismus“ (Singer 2012) der PT-Regierung wurde 2015 so stark abgeschwächt, dass eine Rückkehr zu neoliberaler Politik unter Schirmherrschaft der Mitte-Links-Regierung diagnostiziert werden konnte. Das schwächte die soziale Basis der Regierung – insbesondere unter der Jugend, die zunehmend das Vertrauen in Parteipolitik zu verlieren scheint.

Aktuell ist es schwer prognostizierbar, wie die aktuellen Auseinandersetzungen weiter verlaufen werden. Die Kampagne für eine Amtsenthebung der Präsidentin würde bei Erfolg den aktuellen Vize-Präsidenten von der PMDB zum Präsidenten machen und damit wahrscheinlich die PT aus der Regierung drängen. Ein Erfolg des scheint aber aktuell als wenig realistisch. Vielmehr wurde dem Vormarsch der Rechten ein wenig Einhalt geboten. Aufgrund der Ernüchterung der sozialen und politischen Basis der Regierung im Hinblick auf die Sparpolitik ist aber dennoch damit zu rechnen, dass die 2016 kommenden Kommunalwahlen in einem noch größeren Fiasko für die PT enden werden als die Parlamentswahlen 2014. Der in seiner Amtszeit so beliebte Präsident Lula hat zwar Anfang 2015 eine erneute Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2018 öffentlich angekündigt, aber auch sein Erfolg ist aktuell alles andere als garantiert. Für einen Aufschwung progressiver Parteien jenseits der PT gibt es noch wenig Anzeichen: Marina da Silva mit ihrem ökologischen Programm versucht sich als eine solche Bewegung zu präsentieren,

ist aber sehr stark mit konservativen Freikirchen und neoliberalen ÖkonomInnen verknüpft. Politische Parteien links von der PT sind aktuell weit davon entfernt, eine Massenbasis aufbauen zu können. Die progressiven sozialen Bewegungen versuchen sich daher weiterhin mehrheitlich im Spagat einer kritischen Solidarität gegenüber der Regierung. Die Auswirkungen der Krisendynamiken werden wohl erst im weiteren Verlauf der Ereignisse klarer hervorkommen.

Literatur

- Freyre, Gilberto (1990) Herrenhaus und Sklavenhütte: Ein Bild der brasilianischen Gesellschaft. München: DTV.
- Hunter, Wendy (2010) The Transformation of the Workers' Party in Brazil, 1989–2009. New York: Cambridge University Press.
- FPA, Fundação Perseu Abramo (2015) Manifestações de Março/2015. São Paulo: Fundação Perseu Abramo.
- Leubolt, Bernhard (2015) Transformation von Ungleichheitsregimes: Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika. Wiesbaden: VS Springer.
- Maricato, Ermínia. (2013) Cidades e luta de classes no Brasil. In: Classes? Que Classes? Ciclo de debates sobre classes sociais. São Paulo: Fundação Perseu Abramo u. Friedrich Ebert Stiftung: 139–161.
- Novy, Andreas (2001) Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes. Wien: Promedia.
- Singer, André (2012) Os sentidos do lulismo: Reforma gradual e pacto conservador. São Paulo: Companhia das Letras.
- Singer, André (2014) Rebellion in Brazil. In: New Left Review II (85), 19–37.